

16. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. April 1954

179/J

A n f r a g e

der Abg. Mark, Czernetz, Holzfeind und Genossen
an den Bundesminister für Justiz,
betreffend versuchte Beeinflussung einer Zeugenaussage.

. - . - . - . - .

Die unterzeichneten Abgeordneten erfuhren folgenden Sach-
verhalt:

Im Prozess gegen den ehemaligen Vorstand des Bezirksfürsorge-
amtes Döbling, der wegen Amtsmisbrauches angeklagt war, stellte sich
die ÖVP-Fürsorgerätin Matzalik als Entlastungszeugin zur Verfügung.

Frau Matzalik erhielt darauf ein Schreiben der Österreichischen
Volkspartei, Landesparteileitung Wien, mit folgendem Inhalt:

Wien, am 25. II. 1954.

Der Landespartei Vorstand hat am 22. d. beschlossen, Sie gem.
§ 42, Abs. 1, lit. d des Landesparteiorganisationsstatutes von Ihrer
Funktion als Fürsorgerat zu entheben, weil Sie der ÖVP in poli-
tischer Hinsicht erheblichen Schaden zugefügt haben.

Zur Begründung dieses Beschlusses wird auf nachstehende
Feststellungen verwiesen, welche sich aus einem Antrag der Bezirks-
parteileitung Döbling vom 16. d. M., Obm./Ur/86/54, auf Einleitung
eines Ehrenratsverfahrens gegen Sie ergeben:

- 1) Sie haben sich in einem Strafverfahren gegen den politischen
Gegner, den ehemaligen Fürsorgeamtsleiter von Döbling, frei-
willig als Entlastungszeugin angeboten, obgleich Sie von der
Einschätzung seiner Person auf Grund seines tatsächlichen Ver-
haltens durch die ÖVP in Kenntnis gesetzt waren.
- 2) Sie haben bei der Amtseinführung des neuen Fürsorgeamtsleiters
von Döbling am 11. II. 1954 den parteipolitischen Ausführungen
der bei diesem Anlass sprechenden SPÖ-Mandatäre spontan Beifall
gezollt und sich dadurch in Gegensatz zu der in wichtigen Ange-
legenheiten notwendigen Fraktionsdisziplin gesetzt.

Diese Feststellungen erschienen dem Landespartei Vorstand hin-
länglich nachgewiesen, sodass ein ehrengerichtliches Feststellungs-
verfahren nicht einzuleiten war.

Es steht Ihnen jedoch frei, gegen den vorstehenden Bescheid
binnen einer Woche nach dessen Zustellung Berufung an das Landes-
schiedsgericht Wien der ÖVP zu ergreifen. Da dieser Berufung zufolge
§ 42, Abs. 3 des Landesparteiorganisationsstatutes keine aufschie-
bende Wirkung zukommt, werden Sie ersucht, Ihre Tätigkeit als Für-
sorgerätin der ÖVP ab sofort einzustellen und zwecks Ihrer Entlastung

17. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 9. April 1954

die technischen Fragen im Zusammenhang mit Ihrem Funktionsverlust unverzüglich mit dem Bezirksparteisekretariat zu besprechen.

Der Landesparteiobmann
Polcar
(Nationalrat Polcar)

F.d,
Österreichische Volkspartei
Landesparteileitung Wien
Landesparteiokr.
Leinkauf.
(Leinkauf)

Nachrichtlich an:

- 1) BPL XIX
- 2) Parteianwalt

eingeschrieben."

Es erscheint im ersten Augenblick unfassbar, dass die ÖVP, die den Bundeskanzler und massgebende Mitglieder der Bundesregierung stellt, ein Mitglied ohne Verfahren der Funktion als Fürsorgerat enthebt, weil dieses Parteimitglied nicht bereit war, sich der selbstverständlichen Pflicht, als Zeuge vor Gericht zu erscheinen, zu entziehen.

Es ist in den Augen dieser Funktionäre der ÖVP, des Abgeordneten zum Nationalrat Polcar und des Parteisekretärs Leinkauf die Zufügung eines erheblichen Schadens in politischer Hinsicht, wenn sich ein Parteimitglied "freiwillig" als Entlastungszeuge anbietet, obgleich das Mitglied "von der Einschätzung der Person des Angeklagten durch die ÖVP in Kenntnis gesetzt war".

Daraus kann wohl geschlossen werden, dass auch Versuche unternommen wurden, Frau Matzalik davon abzuhalten, ihrer Zeugenpflicht zu genügen. Es gibt kaum eine ärgere Beeinträchtigung einer geordneten Rechtspflege als die Behinderung oder Beeinflussung von Zeugen.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, durch den Staatsanwalt untersuchen zu lassen, ob Versuche unternommen wurden, Frau Matzalik von der Zeugenaussage abzuhalten, ob das oben angeführte Schreiben den Versuch einer ungesetzlichen Beeinflussung der Zeugenaussage darstellt, und den gefertigten Abgeordneten über das Ergebnis der Untersuchung zu berichten?

•-•-•-